



UBS beendet Garantien und hat Liquiditätshilfe vollumfänglich zurückgezahlt

Die UBS verzichtet auf die Garantien des Bundes und hat die Liquiditätshilfe, welche die Credit Suisse im Frühling erhalten hat, vollumfänglich zurückbezahlt. Dies ist erfreulich, aber kein Grund zum Jubeln. Es zeigt zweierlei: Erstens hat eine Bank, die eine solche Public Liquidity Backstop-Lösung «zieht», ein grosses Interesse daran, den Liquiditätskredit so rasch als möglich zurückzuzahlen. Zweitens zeigt die Grössenordnung – die Liquiditätshilfe belief sich im Höchststand auf 168 Milliarden Franken –, dass diese absolut notwendig gewesen ist. Ohne diese wäre die Credit Suisse illiquide geworden und hätte wohl einen nationalen und internationalen Flächenbrand entfacht.

Blicken wir kurz zurück: Die Kunden verloren Anfang 2023 das Vertrauen in die Führung der Credit Suisse und zogen umfangreiche Gelder von der Bank ab. Der Bank Run wurde immer schneller, die Aktien der Credit Suisse stürzte ab. In einer Notfallübung stellte die Schweizerische Nationalbank (SNB) der Bank Liquidität zur Verfügung. Doch selbst diese 50 Milliarden Franken reichten nicht. Bund, Finma und SNB intervenierten. Die UBS übernahm die Credit Suisse. Damit die Märkte beruhigt werden konnten, konnte die Bank auf umfangreiche Kredithilfen, die vom Bund garantiert wurden, zurückgreifen. Dieser sogenannte «Public Liquidity Backstop» war bitter nötig. Die UBS fragte zum Höchststand Liquiditätshilfen in der Höhe von 168 Milliarden Franken nach. Dank diesem Instrument gelang es, die Märkte zu beruhigen und das Vertrauen in die

gefundene Lösung herzustellen. Ohne eine solche wäre die Credit Suisse innert Kürze illiquide geworden. Was so technisch tönt, wäre dramatisch gewesen: Die Firmen mit einem Credit Suisse-Konto hätten keine Zahlungen mehr tätigen können und Lieferanten und Angestellte hätten kein Geld erhalten. Die Auswirkungen wären dabei kaum auf die Schweiz begrenzt gewesen. Eine negative Kettenreaktion drohte.

Gut möglich, dass der Konkurs der Credit Suisse auch andere Banken in Schieflage gebracht hätte. Insbesondere in den USA, wo die Nervosität nach den Zusammenbrüchen mittelgrosser Banken schon sehr hoch war, hätte eine illiquide Credit Suisse die Märkte erschüttert. Erinnern wir uns an die Finanzmarktkrise. Die Investment Bank Lehmann Brothers hatte damals eine Bilanzsumme in der Höhe etwa der Credit Suisse. Hätte keine Lösung gefunden werden können, wäre die Schweiz vielleicht der Auslöser einer weltweiten Finanzmarktkrise geworden.

Die nun doch früher als erwartet erfolgte vollständige Rückzahlung der Liquiditätshilfe an die SNB zeigt, dass eine Bank ein grosses Interesse daran hat, möglichst rasch wieder von der staatlichen Krücke befreit zu werden. Mit dem heutigen Tag hat die UBS den Vertrag über die Verlustübernahmegarantie des Bundes sowie den Vertrag mit der SNB über die staatlich garantierte Liquiditätshilfen definitiv beendet. Die notrechtlich geschaffenen Massnahmen fallen damit weg und der Bund trägt ab sofort keine Risiken mehr. Damit ist klar: Für die Steuerzahlenden wird die Übernahme der Credit Suisse durch die UBS keine Kosten verursachen. Im Gegenteil: der Bund erhält aus den Garantien Einnahmen in der Höhe von rund 200 Millionen Franken.

Derzeit wird diskutiert, den Public Liquidity Backstop permanent im Bankengesetz zu verankern. Die Ereignisse rund um die Credit Suisse zeigt deutlich: Es wäre klug, einen solchen Rettungsschirm für ausserordentliche Zeiten vorzusehen.